



Presseschau vom 06.08.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Gert Ewen Ungar: **Pelosi in Taiwan – Narretei einer Greisin, aber auch das Ende des Liberalismus**

Der Liberalismus ist in Wahrheit Kolonialismus. Und er ist damit der Allmachtsanspruch des Westens. Der Besuch von Pelosi in Taiwan hat dies in aller Absurdität vorgeführt. Dieser Besuch hat die Ablösung des Liberalismus zugunsten einer neuen, völkerrechtlichen Ordnung beschleunigt. ...

<https://kurz.rt.com/3431> bzw. [hier](#)

Dmitri Trenin: **Russland kann es sich nicht leisten, in der Ukraine zu verlieren – aber die USA auch nicht**

Eine Eskalation in der Ukraine-Krise kann zu einem größeren und gefährlicheren Konflikt führen. Sind Moskau und Washington bereit, ein Risiko einzugehen, und gibt es einen nicht-nuklearen Weg aus der Sackgasse? ...

<https://kurz.rt.com/3475> bzw. [hier](#)

Alexander Männer: **Kasachstans problematischer Balanceakt zwischen Russland und dem Westen – Teil 1**

Mitten in einer Phase folgenreicher geopolitischer Spannungen zwischen Russland und dem Westen versucht die ehemalige Sowjetrepublik Kasachstan offenbar, ihre Politik im Hinblick auf diese beiden Großmächte neu auszubalancieren. ...

<https://kurz.rt.com/33wc> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **"Von bürgerlicher Demokratie zu digitalem Faschismus": Autor Mülln über die neue Sklavengesellschaft**

Der freie Journalist Hans-Jürgen Mülln beschreibt in einem Kommentar die einzelnen Schritte auf dem Weg in ein Sozialkreditsystem: Einführung des digitalen Impfbzertifikats, Belohnungssystem für Wohlverhalten und staatlich kontrollierte Zentralbankkonten zur Überwachung aller finanziellen Transaktionen. ...

<https://kurz.rt.com/3461> bzw. [hier](#)

Eva Bartlett: **Erlebnisbericht: Wie die Ukraine in Donezk ein Hotel voller Journalisten bombardiert**

Ein weiterer Angriff der Kiewer Truppen hat das Zentrum von Donezk heimgesucht und fünf Menschenleben gefordert, darunter das eines Kindes. Ziele des Angriffs waren die Trauerfeier für eine gefallene Kriegsheldin der Volksrepublik Donezk und ein Hotel, in dem zahlreiche Journalisten wohnen und arbeiten....

<https://kurz.rt.com/348t> bzw. [hier](#)

Pierre Lévy: **Einmischung "mit Fingerspitzengefühl": Die EU und der italienische Patient**

Der Sturz der Regierung Draghi hat in Brüssel und Berlin zu Schweißausbrüchen geführt. Wie geht es weiter mit dem italienischen Patienten? Und wie kann das Land auf dem – aus Sicht der EU-Bürokratie – richtigen Kurs gehalten werden? ...

<https://kurz.rt.com/33zm> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

19:41 de.rt.com: **Ukrainisches Geschoss trifft Bus in Donezk – drei Tote, fünf Verletzte**

Drei Menschen wurden getötet und fünf verletzt, als ein Bus in Donezk von einem ukrainischen Geschoss getroffen wurde, teilte das Hauptquartier der DVR-Territorialverteidigung am Abend mit.

Außerdem wurden bei einem Treffer im Stadtbezirk Kuibyschewskij eine Person getötet und 14 verwundet. Zuvor waren fünf Bewohner der Stadt verletzt worden, als Granaten ein Krankenhaus trafen. Darüber hinaus wurde auch der Bahnhof der Stadt angegriffen.

20:17 de.rt.com: **Russischer Diplomat: Katastrophe am Atomkraftwerk Saporoschje wird, wenn sie eintritt, mit Tschernobyl-Katastrophe vergleichbar sein**

Die Situation um das von der ukrainischen Armee beschossene Kernkraftwerk Saporoschje sei äußerst alarmierend, verkündete Igor Wischnewezki, der Vize-Direktor der Abteilung für Nichtverbreitung und Kontrolle von Waffen des russischen Außenministeriums, am Freitag auf einer UN-Konferenz zum Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen. Er erklärte laut [TASS](#):

"Erst vor zwei Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte das Kernkraftwerk Saporoschje mit großkalibriger Artillerie beschossen.

Die Geschosse trafen die Anlage, von der aus der Strom an das Kraftwerk verteilt wird, und drohten, eine Stromabschaltung hervorzurufen. In dem Gebiet, das beschossen wurde, brach ein Feuer aus, da Pipelines beschädigt wurden.

Außerdem beschossen die ukrainischen Streitkräfte zur selben Zeit die Stadt Energodar, die mehrere Kilometer von der Anlage im Gebiet Saporoschje entfernt liegt, und in der die Mitarbeiter der Anlage wohnen. Es ist noch nicht bekannt, welche Folgen dieser Beschuss hat, und ob es Menschenleben zu beklagen gibt. All dies wird derzeit geklärt. Nach den Informationen, die wir in Echtzeit erhalten, ist es für die Reparaturteams unmöglich, an den Brandherd zu gelangen, wie ich bereits sagte, da die Möglichkeit von Artilleriebeschuss besteht.

Die Situation ist äußerst besorgniserregend und birgt das Potenzial für eine von Menschen verursachte Katastrophe in Europas größtem Kernkraftwerk. Sollte sich dort ein Unfall ereignen, wäre das eine Katastrophe wie in Tschernobyl."

20:38 de.rt.com: **Russland weist 14 bulgarische Diplomaten aus**

Nachdem Sofia 70 Mitarbeiter russischer diplomatischer Vertretungen zur Persona non grata erklärt und die Zahl ihrer diplomatischen, administrativen und technischen Mitarbeiter begrenzt hatte, hat Moskau nun seinerseits beschlossen, 14 bulgarische Diplomaten auszuweisen.

Russland weist 14 bulgarische Diplomaten aus. Der Beschluss erfolgte in Reaktion auf eine entsprechende Entscheidung Bulgariens, so das russische Außenministerium. Zuvor waren 70 Mitarbeiter russischer diplomatischer Vertretungen zur Persona non grata erklärt und die Zahl des diplomatischen, administrativen und technischen Personals Russlands in Bulgarien beschränkt worden. Darüber hinaus schloss Sofia vorübergehend das russische Generalkonsulat in der Stadt Russe.

Diese Entscheidungen seien "unbegründet", erklärte das russische Außenministerium. Derartige Aktionen "schaden nicht nur den traditionellen Beziehungen" zwischen Russland und Bulgarien und "verletzen die Rechte von Landsleuten", die damit den Zugang zu konsularischen Dienstleistungen verlieren, sondern sie zeigen auch "eine weitere Verschlechterung des kollektiven Westens, der bereit ist, die Interessen von Partnern zu opfern, nur um Russland zu schaden", so das Ministerium.

Das russische Außenministerium fügte hinzu, dass die Verantwortung für die Folgen dieser

Handlungen bei der bulgarischen Regierung unter der Leitung von Kiril Petkow liegt. In der Erklärung heißt es:

"Wir sind davon überzeugt, dass die unfreundlichen Schritte gegenüber Russland nichts mit den nationalen Interessen Bulgariens und seiner Bevölkerung zu tun haben."

Bulgarien hatte Ende Juni die Ausweisung der russischen Botschaftsangehörigen angekündigt. Nach Angaben des zurückgetretenen bulgarischen Ministerpräsidenten Petkow arbeiteten die meisten der Ausgewiesenen für die Sicherheitsdienste und die diplomatische Tätigkeit war nur ein Vorwand. Er betonte, dass die Entscheidung "in keiner Weise durch eine Aggression gegen das russische Volk" motiviert sei, sondern durch die Bekämpfung der "Einmischung ausländischer Regierungen in die inneren Angelegenheiten Bulgariens".

Darüber hinaus beschloss Sofia aufgrund des Personalmangels nach der Ausweisung der Diplomaten, die Arbeit der russischen Konsulardienste – der russischen Botschaft und des Generalkonsulats in Warna – einzustellen und das russische Generalkonsulat in Ruse zu schließen.

Nach diesen Aktionen erklärte die russische Botschafterin in Bulgarien, Eleonora Mitrofanowa, den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Sofia und kündigte an, dass sie das russische Außenministerium bitten werde, auch die dortige Botschaft zu schließen. Die Entscheidung darüber wird vom russischen Außenminister Sergei Lawrow getroffen, der bereits festgestellt hat, dass die Botschaft aufgrund der bulgarischen Maßnahmen "nicht normal arbeiten kann". Die EU ihrerseits hält die Drohung Russlands, die diplomatische Vertretung in Sofia zu schließen, für unbegründet.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62ed3ec3b480cc49c526a6bb.jpg>

21:09 de.rt.com: **Bulgarien setzt Visumserteilung für Russen aus**

Der Verband der Reiseveranstalter Russlands hat bekannt gegeben, dass das bulgarische Konsulat russische Reiseveranstalter über die Aussetzung der Annahme von Dokumenten für Touristenvisa informiert habe.

Grund sei die Erklärung von 14 Mitarbeitern der bulgarischen diplomatischen Vertretung und der Konsulate in Russland zu Personae non gratae am 5. August. Der Verband hob laut [RIA Nowosti](#) hervor:

"Dieser Schritt der russischen Seite war eine Reaktion auf die Entscheidung der bulgarischen Behörden, 70 russische Diplomaten und technisches Personal der russischen diplomatischen Vertretungen, einschließlich der russischen Generalkonsuln in Varna und Ruse, auszuweisen."

21:37 de.rt.com: **Lettland setzt Visa-Erteilung an Russen aus – Einreise nur für Beerdigungen naher Verwandter**

Die lettische Botschaft in Russland hat angekündigt, auf unbestimmte Zeit keine Visa mehr an russische Bürger auszustellen. Ferner wurde mitgeteilt, dass nur die Teilnahme an Trauerfeiern naher Angehöriger in Lettland als Einreisegrund zulässig sein soll.

Lettland hat "aufgrund der internationalen Lage" die Ausstellung von Visa für Russen auf

unbestimmte Zeit ausgesetzt. Dies geht aus einer Erklärung auf der Website der lettischen Botschaft in Russland hervor. Eine ähnliche Ankündigung erschien auch auf der Website der lettischen Visastelle. Wörtlich hieß es:

„Die lettische Botschaft in Russland hat die Annahme von Visumsanträgen für Bürger der Russischen Föderation auf unbestimmte Zeit ausgesetzt, außer für die Teilnahme an der Beerdigung eines nahen Verwandten.“

Bereits am 24. Februar hatte das Land die Visumserteilung an Russen eingestellt. Damals gab es jedoch eine Reihe von Ausnahmen aus "humanitären Gründen". Darüber hinaus stellte Riga nach Angaben des baltischen Online-Nachrichtenmagazins Delfi "in Ausnahmefällen" weiterhin Visa aus, etwa für Journalisten, die Russland nach der Verabschiedung des sogenannten Fake-News-Gesetzes verlassen hatten.

Delfi zufolge seien bis Anfang August Visa für 247 Mitarbeiter bei russischen Medien und 206 für deren Familienangehörige ausgestellt worden. Zudem seien zwischen dem 25. Februar und dem 26. Juli weitere 654 Visa aus "humanitären Gründen" erteilt worden. Dabei handelte es sich um Fälle, in denen der Grund für die Reise eine schwere Krankheit oder die Beerdigung eines Angehörigen war. Auch für Familienangehörige von lettischen oder EU-Bürgern war die Visa-Erteilung möglich. Insgesamt sollen in diesem Zeitraum 1.107 russische Bürger Visa erhalten haben.

Nach Angaben des lettischen Staatssicherheitsdienstes habe das Land die Kontrolle über die Einreise russischer und weißrussischer Bürger verschärft. Insbesondere im Falle russischer Journalisten, die nach Lettland einreisen wollen und "seit langem in dem Aggressorland arbeiten, ... kann nicht ausgeschlossen werden, dass bestimmte Medien, die in Lettland tätig sind, oder deren Vertreter Verbindungen zu den russischen Geheimdiensten haben", hieß es. Darüber hinaus könnte die Tätigkeit ausgewanderter Medien nach Lettland "das Interesse russischer Spezialdienste wecken":

"Zweitens ist die Einschleusung russischer Medienvertreter nach Lettland mit Risiken für die Sicherheit des lettischen Informationsraums verbunden."

Zuvor hatte Estland angekündigt, keine Aufenthalts- und Studienvisa mehr für Bürger aus Russland und Weißrussland zu erteilen. Darüber hinaus erwägt auch die finnische Regierung Visabeschränkungen. Helsinki beabsichtigt, das Thema bei einem Treffen der EU-Außenminister Ende August anzusprechen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62ed3eb848fbef483700add2.jpg>

22:11 de.rt.com: **Peskow: Forderung der estnischen Premierministerin über Abriss sowjetischer Denkmäler ist empörend**

Der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, hat die estnische Premierministerin Kaja Kallas kritisiert, die am Vorabend die "Entfernung aller sowjetischen Denkmäler aus dem öffentlichen Raum des Landes" gefordert hatte. Er erklärte laut [RIA Nowosti](#):

"Wir finden das natürlich empörend, ein Krieg mit der Geschichte, mit der gemeinsamen

Geschichte und die Beseitigung von Denkmälern für diejenigen, die Europa vor dem Faschismus gerettet haben – das ist natürlich empörend und steht keiner Nation gut zu Gesicht, auch Estland nicht."

Peskow räumte ein, dass Tallinn über Organisationen aus dem Umfeld von Historikern angeboten werden könnte, die Objekte nicht zu zerstören, sondern sie nach Russland zu bringen.

Kallas schätzte, dass es in Estland zwischen 200 und 400 Denkmäler der Roten Armee gibt. Die Regierungschefin sagte, dass die Ereignisse in der Ukraine "alte Wunden in der estnischen Gesellschaft aufgerissen haben, an die leider alle diese Denkmäler der Roten Armee erinnern".



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62ed5a0bb480cc15e56f8e7b.jpg>

22:48 de.rt.com: **Polnischer Senator: Polen könnte die Kohle ausgehen**

Polen könnte im bevorstehenden Winter die Kohle ausgehen, verkündete Jacek Bury, Mitglied des polnischen Senats. Er erklärte in einer Parlamentssitzung laut [RIA Nowosti](#):

"Wir verbrennen 57 Millionen Tonnen Kohle [pro Jahr], die Produktion liegt bei 42 Millionen. Fünfzehn Millionen fehlen uns noch."

Bury fügte hinzu, dass die polnischen Häfen möglicherweise nicht in der Lage sind, die Einfuhr der fehlenden Menge an Kohle zu bewältigen, und stellte fest:

"Unsere Häfen sind in der Lage, bis zu 30.000 Tonnen pro Tag zu entladen. Das sind etwa 500 Tage, um die Menge an Kohle zu entladen, die uns fehlt."

"Und wie viele Tage haben wir noch bis zum Winter? Die Kohle wird kommen, aber erst zum darauffolgenden Winter."

Polen hatte zuvor die Einfuhr von Kohle aus Russland vollständig verboten. Das Verbot betraf nicht nur staatliche, sondern auch private Unternehmen.

vormittags:

7:00 de.rt.com: **Russland liefert knapp 51.500 Tonnen Hilfsgüter an Donbass und Ukraine**

Der Leiter des Nationalen Zentrums für Verteidigungsmanagement der Russischen Föderation, Generaloberst Michail Misinzew, hat auf seinem Pressebriefing am Freitagabend mitgeteilt, dass Menschen aus den gefährlichen Zonen in der Ukraine und den Donbass-Republiken trotz aller Hindernisse, die die Regierung in Kiew errichte, weiterhin nach Russland evakuiert würden. Allein in den vergangenen 24 Stunden seien 27.046 Menschen,

darunter 4.077 Kinder, in Sicherheit gebracht worden. Misinzew zufolge seien seit dem Beginn der Sonderoperation am 24. Februar insgesamt 3.129.846 Menschen, darunter 494.462 Minderjährige, nach Russland evakuiert worden. Russlandweit gebe es mehr als 9.500 Unterkunftseinrichtungen für Flüchtlinge aus der Ukraine und den Donbass-Republiken. Der hochrangige Militär berichtete auch über drei humanitäre Aktionen in der Volksrepublik Lugansk sowie in den Gebieten Charkow und Cherson. Dabei seien dort am Freitag knapp 50 Tonnen Lebensmittel und Güter des täglichen Bedarfs an die Bevölkerung verteilt worden. Seit dem 2. März 2022 habe Russland mehr als 51.537 Tonnen humanitäre Hilfe an die Ukraine geliefert.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62edf40ab480cc05d8744682.jpg>

Einwohner von Mariupol füllen Flaschen mit Trinkwasser, 1. August 2022

7:41 de.rt.com: **Israelische Luftangriffe im Gazastreifen: Zehn Tote, über 50 Verletzte**

Nach palästinensischen Angaben wurden bei israelischen Luftangriffen auf den Gazastreifen mindestens 10 Menschen, darunter ein ranghoher Kämpfer und ein 5-jähriges Mädchen, getötet und 55 verwundet. Israel gab an, damit auf eine "unmittelbare Bedrohung" reagiert zu haben.

Israel hat am Freitag eine Welle von Luftangriffen auf den Gazastreifen durchgeführt, wobei mehrere Menschen getötet wurden, darunter Taisir al-Dschabari, ein Kommandeur der al-Quds-Brigaden, die den militärischen Arm der Organisation "Islamischer Dschihad" darstellen. Israel erklärte, die Angriffe zielten auf die militante Gruppe ab und dass es damit auf eine "unmittelbare Bedrohung" nach der Festnahme eines hochrangigen Kämpfers im besetzten Westjordanland Anfang der Woche reagiere.

Nach Angaben des palästinensischen Gesundheitsministeriums in Gaza wurden mindestens 10 Menschen getötet, darunter al-Dschabari und ein fünfjähriges Mädchen. Die Behörde gab nicht an, ob es sich bei den anderen Opfern um Kämpfer oder Zivilisten handelte. Mindestens 55 Menschen wurden bei den israelischen Angriffen demnach verwundet und in Krankenhäusern behandelt.

Die Angriffe könnten einen weiteren Krieg in dem Gebiet auslösen, das von der militanten islamischen Gruppe Hamas regiert wird und in dem rund 2 Millionen Palästinenser leben. Die Ermordung eines ranghohen Kämpfers könnte Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen nach sich ziehen und die beiden Seiten näher an einen Krieg heranführen.

"Die israelische Regierung wird nicht zulassen, dass terroristische Organisationen im Gazastreifen die Tagesordnung im angrenzenden Gebiet bestimmen und die Bürger des Staates Israel bedrohen", sagte Ministerpräsident Jair Lapid in einer Erklärung. "Jeder, der

versucht, Israel zu schaden, sollte wissen: Wir werden euch finden."

Lapid hat das Amt des geschäftsführenden Ministerpräsidenten vor den Wahlen im November übernommen und hofft, es Amt zu behalten. Er hat Erfahrung in der Diplomatie, da er in der scheidenden Regierung als Außenminister diente, aber seine Sicherheitskompetenz ist weniger erprobt.

Der Islamische Dschihad bestätigte, dass Taisir al-Dschabari, sein Kommandeur für den nördlichen Gazastreifen, unter den Getöteten war. Er war der Nachfolger eines anderen Kämpfers, der 2019 bei einem Luftangriff getötet worden war.

Einige hundert Menschen versammelten sich vor der Leichenhalle des Shifa-Krankenhauses in Gaza-Stadt. Einige gingen hinein, um Angehörige zu identifizieren, und kamen dann weinend wieder heraus. Einer rief: "Möge Gott sich an den Spionen rächen", womit palästinensische Informanten gemeint waren, die mit Israel zusammenarbeiten.

Ein israelischer Militärsprecher erklärte, die Angriffe seien als Reaktion auf eine "unmittelbare Bedrohung" durch zwei mit Panzerabwehrraketen bewaffnete militante Gruppen erfolgt. Der Sprecher, der die Reporter unter der Bedingung der Anonymität informierte, sagte, al-Dschabari sei gezielt angegriffen worden. Er war der Auskunft zufolge für "mehrere Angriffe" auf Israel verantwortlich gewesen.

Für die israelischen Gebiete rund um den Küstenstreifen wurde am Freitag eine erhöhte Sicherheitsstufe ausgerufen. Das Militär kündigte eine "besondere Situation" an der Heimatfront an, mit geschlossenen Schulen und Einschränkungen anderer Aktivitäten in Gemeinden im Umkreis von 80 Kilometern von der Grenze. Die israelischen Angriffe dauerten am Abend an.

Israel hatte Anfang der Woche die Straßen um den Gazastreifen gesperrt und Verstärkung an die Grenze geschickt, um sich auf einen Racheangriff nach der Festnahme des Anführers des Islamischen Dschihad im besetzten Westjordanland am Montag vorzubereiten. Ein Mitglied der Gruppe wurde bei einem Feuergefecht zwischen israelischen Truppen und militanten Palästinensern getötet.

Israel und die Hamas haben in den 15 Jahren, seit die militante Gruppe die Macht im Küstenstreifen von rivalisierenden palästinensischen Kräften übernommen hat, vier Kriege und mehrere kleinere Scharmützel geführt. Der letzte ausgewachsene Krieg fand im Mai 2021 statt. Anfang dieses Jahres stiegen die Spannungen erneut nach einer Welle von Anschlägen innerhalb Israels, fast täglichen Militäroperationen im Westjordanland und Auseinandersetzungen an einer heiligen Stätte in Jerusalem wieder an.

Der Führer des Islamischen Dschihad, Ziad al-Nakhalah, sagte in einem Gespräch mit dem iranischen Fernsehsender al-Mayadeen, dass "die Kämpfer des palästinensischen Widerstands zusammenstehen müssen, um sich dieser Aggression entgegenzustellen". Er sagte, es werde "keine roten Linien" geben und machte Israel für die Gewalt verantwortlich.

Hamas-Sprecher Fawzi Barhoum erklärte: "Der israelische Feind, der die Eskalation gegen den Gazastreifen begonnen und ein neues Verbrechen begangen hat, muss den Preis dafür zahlen und die volle Verantwortung dafür tragen."

Der hochrangige Hamas-Beamte Ghazi Hamad bezeichnete den jüngsten Angriff als "ein brutales Verbrechen, ein Massaker, das die israelische Besatzung an unserem Volk verübt hat". Gegenüber Al Jazeera erklärte Hamad, es gebe "keine Rechtfertigung" für die Angriffe und fügte hinzu, die palästinensischen Gruppen hätten das Recht, sich zu verteidigen und ihr Volk zu "schützen".

Ihm zufolge haben die Gruppierungen im Gazastreifen eine "gute Koordination" beibehalten und suchen nach der "besten Option für das palästinensische Volk".

"Ich denke, Israel ist nicht an einer Vermittlung interessiert ... es gibt keinen Platz für eine Vermittlung, keinen Platz für friedliche Gespräche", sagte Hamad. "Unser Volk wartet darauf, dass der palästinensische Widerstand die Entscheidung trifft und Vergeltung übt."

Der Islamische Dschihad ist kleiner als die Hamas, und es ist unklar, wie viel Kontrolle die

Hamas über den Islamischen Dschihad hat. Doch Israel macht die Hamas für alle Anschläge verantwortlich, die vom Gazastreifen ausgehen.

Der israelische Verteidigungsminister Benny Gantz besuchte am Freitag Gemeinden in der Nähe des Gazastreifens und erklärte, die Behörden bereiteten "Maßnahmen vor, die die Bedrohung aus dieser Region beseitigen werden".

Israel und Ägypten halten seit der Machtübernahme durch die Hamas im Jahr 2007 eine strenge Blockade über das Gebiet aufrecht. Laut Israel sei die Blockade notwendig, um die Hamas am Ausbau ihrer militärischen Fähigkeiten zu hindern, während Kritiker die Politik als ziellose kollektive Bestrafung sehen. Im Gazastreifen leben rund zwei Millionen Einwohner unter sehr schlechten Bedingungen.

Mohammed Abu Selmia, Direktor des Shifa-Krankenhauses, des größten Krankenhauses im Gazastreifen, sagte, dass es in den Krankenhäusern zu Engpässen gekommen sei, nachdem Israel Anfang der Woche eine vollständige Abriegelung des Gazastreifens verhängt hatte. Er sagte, es gäbe genügend Vorräte und wichtige Medikamente, um die Krankenhäuser in normalen Zeiten fünf Tage lang zu versorgen, aber mit der neuen Runde der Kämpfe "könnten sie jeden Moment ausgehen".

Israel sagte eine erwartete Treibstofflieferung für das einzige Kraftwerk im Gazastreifen ab, das am frühen Samstag abgeschaltet werden sollte, falls der Treibstoff nicht in das Gebiet gelangen würde. Selbst wenn das Kraftwerk mit voller Leistung läuft, müssen die Bewohner des Gazastreifens täglich mit mehrstündigen Stromausfällen rechnen.

Katar verurteilte die jüngsten Angriffe Israels auf den Gazastreifen.

"Wir betonen, dass die internationale Gemeinschaft dringend handeln muss, um die wiederholten Angriffe der Besatzer auf Zivilisten zu beenden", so das Außenministerium in Katar in einer Erklärung.

"Wir bekräftigen unseren Standpunkt zur Gerechtigkeit der palästinensischen Sache und zu den legitimen Rechten des palästinensischen Volkes."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62ed61abb480cc15e751116d.jpg>

Panzer an der Grenze zwischen Israel und Gaza am 5. August 2022. Das israelische Militär entsandte mehr Truppen in das Gebiet nahe dem Gazastreifen.

7:57 de.rt.com: **Nächster Riss in der EU: Österreich langt's mit den Russland-Sanktionen**

Die Russland-Sanktionen der EU treiben diese selbst immer tiefer in die Krise. Angesichts des bevorstehenden Winters und der galoppierenden Inflation bröckelt die Zustimmung der Bevölkerung zu den Maßnahmen. In Österreich verlangt nun offenbar eine Mehrheit der Bürger ein Ende dieser selbstzerstörerischen Politik.

Bald dauern die verschärften Sanktionen, die die EU nach dem Februar 2022 gegen Russland verhängt hat, ein halbes Jahr, ohne dass sie die Politik Moskaus auch nur um einen Millimeter verändert hätten. Doch lässt sich nicht behaupten, die EU-Sanktionen seien gänzlich folgenlos geblieben. Keineswegs, denn ihre beträchtliche Wirkung entfaltet sich zielgerichtet gegen die

'eigenen' Unternehmen, das heißt gegen die eigenen Volkswirtschaften im EU-Raum. Die gesellschaftlichen Folgen sind mittlerweile in allen EU-Ländern zu beobachten.

Ein Tabubruch?

Vor diesem Hintergrund hat die österreichische Kronen Zeitung beziehungsweise ihr Fernsehkanal krone.tv nach der Stimmungslage unter den Österreichern gefragt. Durchgeführt wurde die Befragung im Auftrag des Senders [Puls4](#) vom "Institut für Demoskopie und Datenanalyse" ([IFDD](#)), das regelmäßig als Medienpartner dieser Zeitung und der mit ihr verbundenen Publikationsorgane und Medienportale fungiert.

In der Sendung "Nachgefragt" [präsentierte](#) einer der Direktoren des IFDD, Christoph Haselmayer, die Ergebnisse der Meinungsumfrage. Sein Befund für die Wiener Bundesregierung ist, kurz gesagt, verheerend – ebenso der für die Brüsseler Russland-Politik. Ähnlich wie längst schon die ungarische Bevölkerung scheinen mittlerweile auch die Bürger Österreichs die antirussischen Sanktionen mehrheitlich abzulehnen. So würden 82 Prozent (von etwa 1.000 Umfrageteilnehmern) folgender Aussage ganz oder teilweise zustimmen: "Während Wladimir Putin seine Kriegsstrategie verfolgt, leiden wir in Österreich unter den Sanktionen gegen Russland." Die Österreicher würden somit der Schlussfolgerung zustimmen: "Wir leiden eher unter den Sanktionen als die Russen."

Kritik an der Wiener Politik

Ebenso sehen mehr als zwei Drittel der Österreicher die Rolle der Wiener Politik kritisch: Auf die Frage "Ist Österreich im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine neutral?" antworteten 67 Prozent der Befragten mit einem Nein, und zwar deshalb, weil Österreich als EU-Mitglied die Sanktionen mittrage. Dagegen meinten 28 Prozent, Österreich sei neutral, weil es keine Waffen an die Ukraine liefere.

Deutlich gespalten zeigt sich die österreichische Gesellschaft hinsichtlich der Waffenlieferungen. Die Frage, ob mehr Waffen an Kiew geliefert werden sollten, weil andere europäische Regierungen, auch solche unter Beteiligung 'grüner' Parteien, dafür plädieren, ergab kein klares Bild. Auf die Frage "Sollen westliche Staaten weiter Waffen an die Ukraine liefern?" meinten 44 Prozent der Österreicher ja, 45 Prozent nein. Haselmayer sprach angesichts dieser Haltungen von einer "kompletten Pattsituation".

Eine vierte Frage betraf das Sanktionsregime als solches und richtete sich direkt an die Zuschauer des Senders Puls4. Gefragt wurde, inwiefern die Befragten die Sanktionen an sich aufrechterhalten wollen oder nicht. Die Frage wurde von knapp 7.000 Personen beantwortet: 48 Prozent waren gegen Sanktionen, 43 Prozent dafür. Haselmayer fasst die Stimmungslage, wie sie sich in den Umfragen darstellt, kurz und bündig zusammen:

"Das alles sind Indikatoren, ... dass die Stimmung nicht nur gerade beim Kippen ist, sondern dass sie bereits gekippt ist."

Auswege gesucht

Politisch würden vor allem die FPÖ und ihr Vorsitzender Herbert Kickl davon profitieren, dass sie die mehrheitliche Meinung zu diesem Thema aufgreifen und immer "relativ klar in ihren Analysen" sowie "relativ klar in ihren Aussagen" gewesen seien.

Nach Auffassung des Demoskopen würden die jüngeren Generationen sich wegen der Sanktionen nicht einschränken wollen. Zu Einschränkungen seien nur jene Jahrgänge bereit, die kurz vor, während oder kurz nach dem Zweiten Weltkrieg geboren sind. Von allen anderen dürfe man dies nicht erwarten, schon gar nicht von den "Baby-Boomern". Denn bisher sei es mit der Wirtschaft immer wieder "nach oben" gegangen und die Leute wollen das Erreichte nicht einfach hergeben.

Haselmayer schloss eine Warnung an: Falls die Prognosen stimmten, "wird es äußerst hässlich im Herbst". Denn, siehe oben, die Stimmung sei "am Kippen und bereits teilweise gekippt". Verkompliziert werde nach Haselmayers Analyse die Lage durch Äußerungen des politischen Spitzenpersonals.

Zwar könne der von der Wiener Bundesregierung angekündigte "Strompreisdeckel" eine

gewisse Erleichterung bringen, doch bleibe die Wirkung abzuwarten. Notwendig dürfte dagegen eine generelle Deckelung der Energiepreise werden. Doch dies allein würde wenig nutzen, wenn der österreichische Bundespräsident Alexander Van der Bellen bei den Salzburger Festspielen etwa die Hälfte der österreichischen Bürger "beleidige". Das Staatsoberhaupt hatte sinngemäß geäußert, dass jemand, der sich kritisch gegenüber der Ukraine oder den Sanktionen äußert, faktisch als "Kollaborateur von Russland" auftrete. Diese Äußerung bezeichnete Haselmayer als "massive Grenzüberschreitung":

"Es ist nicht jeder Bundespräsident. Es hat nicht jeder so viele Zehntausende Euro brutto im Jahr zur Verfügung wie der Bundespräsident in der Hofburg, sondern es gibt viele Leute, die nicht wissen, wie sie den nächsten Tag ihre Familie ernähren sollen."

Ungarn "sehr kritisch gegenüber den Sanktionen"

Insofern legte der Meinungsforscher der österreichischen Politik nahe, sich eher an Ungarn und der Politik Orbáns zu orientieren: Nach repräsentativen Umfragen sei die ungarische Bevölkerung eher pro-russisch oder "gegen den Ukraine-Russland-Krieg eingestellt". Diese Stimmung greife Orbán auf. Dieser verfolge eine entsprechende Politik, da er ein "Gespür für die Menschen draußen" habe und die [Vertretung ungarischer Interessen](#) an die erste Stelle setze.

Je nachdem, welche Maßnahmen die Wiener Regierung noch ergreifen oder eben nicht ergreifen würde, könnte es in Österreich ab dem Herbst zu Protesten nach Art der französischen "Gelbwesten" kommen, so Haselmayer.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62ee02b4b480cc77d17bc84d.jpg>

Hat sich die Stimmung gedreht? Kundgebung gegen die russische Militäroperation in der Ukraine im März 2022 in Wien

8:02 de.rt.com: Russlands Vizebotschafter bei Vereinten Nationen: Moskau und Kiew sind noch von Verhandlungen entfernt

Der russische Vizebotschafter bei den Vereinten Nationen, Dmitri Poljanski, hat in einem am Freitag veröffentlichten Interview für den YouTube-Kanal The Dive with Jackson Hinkle [erklärt](#), dass sich die Ukraine im Konflikt mit Russland bislang nicht gesprächsbereit zeige. Die Regierung in Kiew spreche nur von einer theoretischen Verhandlungsmöglichkeit, nachdem Russland seine Truppen aus dem Donbass und sogar von der Halbinsel Krim zurückgezogen haben werde, was lächerlich sei.

"Was die Friedensverhandlungen betrifft, so sendet die Ukraine uns keine Signale darüber, dass sie eine verantwortungsvolle Position hat. Sie haben Forderungen, die bei keinen ernsthaften Gesprächen auf den Tisch gelegt werden können."

Deswegen seien Moskau und Kiew von den Friedensverhandlungen noch entfernt. Eben deswegen werde die militärische Sonderoperation in der Ukraine fortgesetzt, sagte Poljanski.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62edfd0d48fbef44f340daef.jpg>

8:30 de.rt.com: **Volksrepublik Donezk meldet vier tote Zivilisten binnen 24 Stunden durch ukrainische Angriffe**

Die Behörden in Donezk haben innerhalb der letzten 24 Stunden 85 Angriffe durch ukrainische Truppen registriert. Demnach wurden auf das Territorium der Volksrepublik mindestens 450 Geschosse abgefeuert. Dabei setzte das ukrainische Militär Raketen vom Typ Grad und Uragan sowie Geschosse des Kalibers 155, 152, 122 und 120 Millimeter ein. Unter Beschuss gerieten 13 Wohngebiete, darunter Donezk.

Bei den Angriffen in der Zeitspanne von 6:00 Uhr am 5. Juli bis 6:00 Uhr am 6. Juli wurden vier Zivilisten in Donezk getötet. Weitere 28 Bewohner von Donezk, Jassinowataja und Makejewka erlitten Verletzungen. Insgesamt wurden bei den Attacken 25 Wohnhäuser und drei zivile Infrastrukturobjekte in Donezk und Makejewka beschädigt.

Bereits am Vortag hatten die Behörden von Donezk über 67 Angriffe aus der Ukraine berichtet. Dabei wurden sechs Zivilisten getötet, 30 weitere erlitten Verletzungen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62ee0925b480cc042962fe3d.jpg>

Beschussfolgen in Donezk, 5. August 2022

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 6.8.2022**

Bei aktiven Offensivhandlungen von Einheiten der Volksmiliz der LVR erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden große Verluste an Personal und Technik. Vernichtet wurden:

- 43 Mann;
- 2 Panzer;

- 4 Schützenpanzerwagen;
- 7 Spezialfahrzeuge;
- 3 dauerhafte Feuerpunkte.

In den von den ukrainischen Nationalisten befreiten Territorien der Lugansker Volksrepublik geht der Aufbau eines friedlichen Lebens weiter.

Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR setzen die Minenräumung fort.

Während des 5. August haben sie mehr als 12 Hektar Territorium von explosiven Objekten gesäubert, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Lissitschank und Malorjasanzewo wurden, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner dieser Bezirke fort.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 6.8.22 um 10:30 Uhr**

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR **450 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „Uragan“ und „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155mm, 152mm und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **13 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Durch Beschuss **starben 4 Zivilisten und 28 wurden verletzt**. 25 Wohnhäuser und 3 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verödetzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 2 Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“, 3 M-777-Haubitzen, ein Panzer und ein Lastwagen. 3 Feuerstellungen des Gegners in den Gebieten von Awdejewka, Kamyschewka und Perwomajskoje wurden beseitigt.

Derzeit gehen die Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) weiter. Wir bitten dringend darum, bei der Bewegung vorsichtig zu sein sowie die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

10:32 de.rt.com: **Medienbericht: China ignoriert Pentagon-Anrufe**

Während China als Vergeltung für den provokativen Besuch der Sprecherin des US-Repräsentantenhauses Nancy Pelosi diese Woche seine militärischen Übungen rund um Taiwan fortsetzt, sollen sich hochrangige chinesische Militärs geweigert haben, Anrufe ihrer Kollegen im Pentagon zu beantworten.

Peking soll in den letzten Tagen mehrere Anrufe von Verteidigungsminister Lloyd Austin und dem Vorsitzenden der Joint Chiefs of Staff, General Mark Milley, abgelehnt haben. Das haben "drei Personen, die mit den Vorgängen vertraut sind" erklärt, wie das US-Nachrichtenportal Politico berichtete, dass sich im Besitz des Springer-Verlags befindet. Milleys letzter bestätigter Kontakt mit Chinas Generalstabschef General Li Zuocheng fand am 7. Juli statt. Im Juni traf sich Austin persönlich mit dem chinesischen Verteidigungsminister General Wei Fenghe.

Am Freitag beschloss Peking, die diplomatischen Beziehungen zu Washington in einer Reihe von militärischen und zivilen Bereichen abubrechen. Das chinesische Außenministerium veröffentlichte eine Liste von Themen, zu denen es keine Kommunikation zwischen chinesischen und US-amerikanischen Beamten mehr geben wird, einschließlich militärischer

Kontakte auf der Ebene der Oberbefehlshaber und umfassender Gespräche zur Koordinierung der Verteidigungspolitik.

China setzte auch die Konsultationen über die Sicherheit im Seeverkehr, die Zusammenarbeit bei der Rückführung illegaler Migranten, die Rechtshilfe in Strafsachen, die Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität und des Drogenhandels sowie die Gespräche über den Klimawandel aus, hieß es in einer Erklärung.

Das Weiße Haus äußerte sich zwar nicht zu den Berichten über die Unterbrechung der Kommunikation auf höchster militärischer Ebene, sagte aber, dass Chinas jüngste Schritte das Risiko von Fehleinschätzungen erhöhen werden, auch wenn der Sprecher des Nationalen Sicherheitsrates John Kirby darauf bestand, dass dies die Gesprächsmöglichkeiten für hochrangige Mitglieder unseres Militärs nicht vollständig ausschließe. Kirby sagte am Freitag:

"Wenn man so viel militärische Ausrüstung auf engem Raum hat, ist es gut, diese Kommunikationslinien offen zu halten, besonders jetzt."

Als Reaktion auf den Kurzbesuch von Nancy Pelosi hatte Peking am Donnerstag "beispiellose" Militärübungen und Schießübungen in sechs Seegebieten rund um Taiwan gestartet. Nach Angaben des chinesischen Verteidigungsministeriums beinhalten die Übungen die Simulation einer "Blockade" der Insel sowie amphibische Operationen und das Angreifen von Bodenzielen.

Im Rahmen der Ein-China-Politik sieht China Taiwan als chinesische Provinz an. Das ist auch die vorherrschende völkerrechtliche Sichtweise. Die USA hatten sich zwar in den 1970er-Jahren gleichfalls offiziell zu diesem Prinzip bekannt – wie auch die taiwanesishe Führung selbst Anfang der 1990er-Jahre. Allerdings herrschen Differenzen hinsichtlich der genauen Auslegung des Prinzips.

Taiwan war jahrhundertlang Teil des chinesischen Reiches. Nach der Niederlage im Chinesischen Bürgerkrieg zogen sich die Nationalisten unter Chiang Kai-shek im Jahre 1949 auf die Inselgruppe zurück, wo sie beanspruchten, die alte "Republik China" gegen die Kommunisten auf dem Festland fortzuführen. Die jetzige taiwanesishe Regierungspartei DPP ist jedoch der Ansicht, dass Taiwan inzwischen ein gänzlich neuer Staat geworden sei.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62ee26f7b480cc032123898b.jpg>

11:47 de.rt.com: **"Verbrechen oder Fehler": Selenskij wütend über ausstehende Milliarden-Hilfen der EU**

Das Zurückhalten von Finanzhilfen in Höhe von acht Milliarden Euro sei entweder "ein Verbrechen oder ein Fehler" Brüssels, sagte der ukrainische Staatschef in einer Videobotschaft an sein Volk. Der Vizechef seines Büros hat derweil bereits einen Staat als Verantwortlichen für diese Verzögerung ausgemacht.

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hat die EU scharf kritisiert und sie beschuldigt, seinem Land, trotz des Konflikts mit Russland, absichtlich acht Milliarden Euro an

versprochener Hilfe vorzuenthalten.

"Jeden Tag und auf unterschiedliche Weise erinnere ich einige EU-Regierungen daran, dass ukrainische Rentner, unsere Vertriebenen, unsere Lehrer und andere Menschen, die auf Zahlungen aus dem Haushalt angewiesen sind, keine Geiseln ihrer Unentschlossenheit oder Bürokratie sein sollten", sagte Selenskij am vergangenen Donnerstag in einer Videobotschaft auf Telegram. "Ich werde nicht sagen, welches europäische Land bremst", sagte er, denn er gehe immer noch davon aus, dass es sich um einen Fehler handle, der korrigiert werden könne.

Die Europäische Union hat die Überweisung von 8 Milliarden Euro vorläufig ausgesetzt und dies sei laut Selenskij eine "künstliche Verzögerung der Makrofinanzhilfe für unser Land und entweder ein Verbrechen oder ein Fehler". Obwohl der Präsident die Nationen, die er für das Zurückhalten des Geldes verantwortlich macht, in seiner Botschaft nicht nannte, hat Anfang vergangener Woche der stellvertretende Büroleiter von Selenskij, Igor Zhovkwa, bekannt gegeben, dass die Ukraine bisher nur 1 Milliarde Euro aus Brüssel erhalten habe, nachdem "einige EU-Länder, darunter Deutschland", die Überweisung von weiteren 8 Milliarden Euro blockieren.

Das Finanzministerium in Berlin wies den Vorwurf zurück. Nach Angaben der EU-Kommission sind für die ausstehende Summe möglicherweise Garantien von Mitgliedsstaaten nötig, weil eine Absicherung über den EU-Haushalt bei solchen Summen nicht mehr möglich ist.

Da Kiew aufgrund der andauernden Kämpfe und der schlechten wirtschaftlichen Situation nicht in der Lage ist, die Löcher in seinem Haushalt zu stopfen, versprach die EU im Mai, der Ukraine bis Ende 2022 neun Milliarden Euro an Subventionen und zinsgünstigen Krediten zur Verfügung zu stellen, die hauptsächlich aus den Vereinigten Staaten fließen sollen, wobei die Europäische Kommission eine Milliarde US-Dollar an Zuschüssen beisteuern will und Deutschland einen ähnlich hohen Betrag zusagte, den Berlin bereits überwiesen hat. Der Rest der im Mai vorgeschlagenen EU-Hilfen soll in einem für den September angekündigten Paket präsentiert werden, zu dem Deutschland erneut beitragen werde, so ein Beamter des Bundesfinanzministeriums, der namentlich nicht genannt werden wollte.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62ee38a748fbef4a172558af.jpg>

nachmittags:

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 6. August 2022

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In 36 befreiten Ortschaften wurden Renten und Sozialzahlungen ausgezahlt. 6021 Menschen haben sich an die Einrichtungen des Gesundheitswesens gewandt. In Mariupol wurde eine mobile Apotheke organisiert.

Spezialisten haben gleich an einen Kommunikationsobjekten in Mariupol neue Ausrüstung montiert, der Anschluss von Verbrauchern an die Telekommunikationsnetze geht weiter. An der Faseroptikmagistrale „Mariupol-Nowoasowsk“ wurden Wiederaufbauarbeiten durchgeführt.

Zivilschutzkräfte haben fast 21 Hektar Territorium und 7100 Quadratmeter Gebäude untersucht und 1172 explosive Objekte entschärft. In Swetlodarsk wurden 3630 humanitäre Pakete an die Bevölkerung ausgegeben:

- 1800 Lebensmittelpakete;
- 1800 Hygienepakete;
- 30 Kinderpakete.

Wir erinnern daran, dass einige Ortschaften der Donezker Volksrepublik mit explosiven Objekten übersät sind.

So haben die bewaffneten Formationen der Ukraine Antipersonenminen „Lepestok“ auf dem Gebiet von Donezk, Luganskoje, Makejewka, Pantelejmonowka und Jassinowataja abgeworfen. Zur Zeit ergreifen Spezialdienste der DVR alle notwendigen Maßnahmen zur Minenräumung.

Seien Sie aufmerksam und vorsichtig! Bei der Entdeckung von explosiven Objekten rufen sie das Zivilschutzministerium an.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

abends:

18:04 de.rt.com: **Getreidekrise: Özdemir will Landwirten nun doch mehr Weizenanbau ermöglichen**

Unter dem Vorwand des Naturschutzes sollen ab 2023 mindestens vier Prozent der derzeitigen Agrarflächen stillgelegt werden. Eine Regelung, die angesichts des derzeitigen Getreidemangels nach den Plänen von Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir, nun offenbar doch einmalig ausgesetzt werden soll.

Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Bündnis 90/Die Grünen) will deutschen Landwirten angesichts der drohenden Getreidekrise infolge des Ukraine-Krieges entgegen seiner ursprünglichen Bedenken nun offenbar doch ermöglichen, Agrarflächen für den Anbau bestimmter Pflanzen zur Nahrungsmittelproduktion länger zu nutzen. Wie das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft am Samstag mitteilte, sieht der am Freitag vorgelegte Kompromissvorschlag des Grünen-Politikers vor, die umstrittenen EU-Neuregelungen zu Ackerflächenstilllegungen und zum Fruchtwechsel einmalig auszusetzen. Die im Strategieplan der EU-Kommission zur Erhaltung der Tier- und Pflanzenwelt vorgesehene Stilllegung von vier Prozent aller Ackerflächen zur Erschließung sogenannter Artenschutzflächen soll laut des Kompromisses statt in diesem Jahr nun doch erst 2024 durchgeführt werden. Die Landwirte könnten dann im kommenden Jahr auf diesen Flächen weiter Nahrungsmittel anbauen.

Hintergrund sind ab 2023 greifende EU-Vorgaben im Rahmen des sogenannten Green Deals. Diese sehen unter anderem vor, dass ein Teil der Landwirtschaftsflächen künftig nicht mehr

der Produktion von Nahrungsmitteln, sondern dem Artenschutz dienen soll. Auch der Anbau derselben Ackerpflanzen zwei Jahre in Folge auf der gleichen Fläche soll den Bauern vor dem Hintergrund des Bodenschutzes nach den Plänen der EU dann grundsätzlich nicht mehr möglich sein. Bei Nichteinhaltung der neuen Regelungen droht der Verlust der von den meisten Betrieben dringend benötigten EU-Direktzahlungen im Rahmen der sogenannten Einkommensgrundstützung. Die Umsetzung der Vorgaben hatte Brüssel aber den jeweiligen EU-Staaten überlassen.

In Deutschland soll die erstmalige verpflichtende Flächenstilllegung nach Angaben des Landwirtschaftsministeriums im kommenden Jahr angesichts der drohenden Getreidekrise allerdings vorerst ausgesetzt werden. Den Landwirten solle somit weiter ein landwirtschaftlicher Anbau möglich sein, "allerdings im Sinne der Ziele des Kommissionsvorschlags eingeschränkt auf die Produktion von Nahrungsmitteln, daher auf die Kulturen Getreide (ohne Mais), Sonnenblumen und Hülsenfrüchte (ohne Soja)", hieß es in einer Mitteilung des Ministeriums.

Die Ausnahmeregelung gelte jedoch nur für Flächen, die nicht bereits 2021 und 2022 als brachliegendes Ackerland ausgewiesen waren: "Die bestehenden Artenvielfaltsflächen werden dadurch weiterhin geschützt und können ihre Leistung für Natur- und Artenschutz sowie eine nachhaltige Landwirtschaft erbringen." Seinen Kompromissvorschlag habe Özdemir den Bundesländern demnach bereits vorgelegt. Diesem müssten die Länder allerdings noch zustimmen.

Durch die vorübergehende Aussetzung der strengen Umweltauflagen ist es den Landwirten nun vorübergehend möglich, Weizen auf den zuvor stillgelegten rund 380.000 Hektar Ackerland anzubauen. Auf dieser Fläche könnten nach wissenschaftlichen Berechnungen im kommenden Jahr somit bis zu 3,4 Millionen Tonnen Weizen erzeugt werden. So gelinge es am besten, "die Getreideerträge in Deutschland stabil zu halten und damit zur Stabilität der Weltmärkte beizutragen", so das Ministerium.

Die Zugeständnisse Özdemirs kommen dabei durchaus überraschend. Noch vor wenigen Wochen hatte der Bundeslandwirtschaftsminister die Pläne der EU-Kommission, die derzeit geltenden Umweltauflagen für Landwirte vor dem Hintergrund der EU-weiten Getreidekrise vorübergehend zu lockern, stark kritisiert. Er könne Umweltauflagen nur dann lockern, wenn er an anderer Stelle verschärfe, sagte Özdemir der Neuen Osnabrücker Zeitung. Das müsse er nun genau prüfen. Mit der geplanten Lockerung entziehe sich die Kommission lediglich dem wachsenden Missmut der Landwirte und verlagere die Verantwortung auf die Mitgliedsstaaten, kritisierte der Grünen-Politiker mit Blick auf die wachsende Protestbewegung der Bauern.

"Anstatt selber die Verantwortung für eine nachhaltige Agrarpolitik zu übernehmen, schiebt die EU-Kommission die Mitgliedsstaaten vors Loch." Es gebe "deutlich größere Hebel, die Brüssel aber leider nicht gezogen hat", bemängelte Özdemir damals.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62ee59b748fbef4990057202.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:30 am 06.08.22**

Am heutigen Tag hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR **mehr als 150 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **10 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge vpn Beschuss **starben 2 Zivilisten, 6 wurden verletzt**. 16 Wohnhäuser und 4 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Zurzeit gehen die Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) weiter. Wir bitten eindringlich, bei der Bewegung vorsichtig zu sein und auch die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

Mit Trauer teilen wir mit, dass bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht im Kampf für die Unabhängigkeit **10 Verteidiger der Donezker Volksrepublik starben und 23 verletzt** wurden.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.